

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

**Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz
(Po. 20.4333)**

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Ammann, Amando
Flückiger, Bernadette

Bevorzugte Zitierweise

Ammann, Amando; Flückiger, Bernadette 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz (Po. 20.4333), 2020 – 2025*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 08.06.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Aussenpolitik	1
Zwischenstaatliche Beziehungen	2

Abkürzungsverzeichnis

APK-NR	Aussenpolitische Kommission des Nationalrates
NDB	Nachrichtendienst des Bundes
	(bis 2010: Strategischer Nachrichtendienst und Dienst für Analyse und Prävention)
<hr/>	
CPE-CN	Commission de politique extérieure du Conseil national
SRC	Service de renseignement de la Confédération
	(à 2010: Service de renseignement stratégique et Service d'analyse et de prévention)

Allgemeine Chronik

Aussenpolitik

Aussenpolitik

POSTULAT
DATUM: 15.03.2021
AMANDO AMMANN

Der Nationalrat besprach in der Frühjahrsession 2021 das Postulat der APK-NR, das vom Bundesrat einen **Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz** forderte. Es handelte sich dabei um einen von zwei Vorstössen, mit denen die Kommission die Petition der Gesellschaft für bedrohte Völker (Pet. 18.2020) umgesetzt hatte. Den zweiten Vorstoss (Po. 20.4334) hatte der Nationalrat bereits eine Woche zuvor angenommen. Kommissionssprecher Roland Fischer (glp, LU) klärte den Nationalrat darüber auf, dass die tibetische Exilgemeinschaft in der Schweiz mit 4'000 Mitgliedern die grösste Europas sei. Die Menschenrechte in Tibet würden weiterhin verletzt werden, wobei sich «der lange Arm der chinesischen Diktatur» immer mehr auch nach Europa erstreckte, so Fischer. Er zitierte dabei aus einem Lagebericht «Sicherheit Schweiz» des NDB von 2016, der ein selbstbewusstes und forderndes Verhalten Chinas konstatierte. Fischer sah die Befürchtungen der tibetischen Diaspora – ihre Meinungsfreiheit und Privatsphäre werde zunehmend eingeschränkt – daher als berechtigt an. Eine Minderheit Estermann (svp, LU) stellte sich gegen einen derartigen Bericht. In den Augen der Minderheit waren mehr oder weniger sämtliche Anliegen der ursprünglichen Petition bereits erfüllt oder nicht umsetzbar, weshalb das Postulat zur Ablehnung empfohlen wurde. Bundesrätin Karin Keller-Sutter zeigte sich im Namen des Bundesrats bereit dazu, die wesentlichen Fragestellungen der Petition in einem Bericht zu beantworten und empfahl die Annahme des Postulats. Der Bundesrat habe ein Interesse daran, die Situation der Tibeterinnen und Tibeter aufzuarbeiten, da es dazu immer wieder Gerüchte und Fehlinformationen gegeben habe. Der Nationalrat nahm das Postulat mit 134 zu 48 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) an. Die Kommissionsminderheit fand über die Grenzen der SVP-Fraktion hinaus keine Unterstützung.¹

BERICHT
DATUM: 12.02.2025
BERNADETTE FLÜCKIGER

Im Februar 2025 veröffentlichte der Bundesrat in Erfüllung des Postulats 20.4333 zur tibetischen Diaspora sowie der Interpellation 21.3423 zur uigurischen Gemeinschaft in der Schweiz einen **Bericht zur Situation von tibetischen und uigurischen Personen in der Schweiz**. Auf Basis eines Forschungsberichts der Universität Basel könne bestätigt werden, dass China auf gewisse in der Schweiz lebende Personen tibetischer und uigurischer Herkunft transnationale Repression ausübe. Dazu gehöre, dass China versuche, Tibeterinnen und Tibeter sowie Uigurinnen und Uiguren in der Schweiz zu kooptieren, das heisst, Personen dafür zu gewinnen, ihre eigene Diaspora auszuspionieren und unter Druck zu setzen. Das Ziel der chinesischen Behörden bestehe darin, die Mitglieder der beiden Gemeinschaften von kritischen politischen Aktivitäten, wie beispielsweise Demonstrationen, abzuhalten. Es müsse auch davon ausgegangen werden, dass die Kommunikation der in der Schweiz lebenden Tibeterinnen und Tibeter sowie Uigurinnen und Uiguren überwacht werde. Dies führe in den betroffenen Kreisen zu einem Klima der Angst und schränke ihre «menschenrechtlich garantierte Handlungsfreiheit» ein. Der Bericht schloss mit den Massnahmen, welcher der Bundesrat aufgrund dieser Umstände ergreifen möchte. Zum einen will er die transnationale Repression im Rahmen des Menschenrechtsdialogs, welchen er mit China, aber auch mit anderen betroffenen Staaten führt, ansprechen. Zum anderen beabsichtige er, die Handlungsmöglichkeiten der betroffenen Behörden auf Bundes- und Kantonsebene zu definieren. In diesem Rahmen soll beispielsweise ausgelotet werden, ob Bedarf an einem niederschweligen Beratungsangebot für Betroffene und Zeugen transnationaler Repression bestehe.²

POSTULAT
DATUM: 18.12.2020
AMANDO AMMANN

Zwischenstaatliche Beziehungen

Die APK-NR wollte den Bundesrat mittels Postulat dazu auffordern, einen detaillierten **Bericht über die Situation der Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz** zu erstellen. Dieser solle sich insbesondere mit der Situation der Meinungsäusserungsfreiheit und der Überwachung auseinandersetzen. Damit gab die Kommission einer Petition der Gesellschaft für bedrohte Völker (Pet. 18.2020) Folge. Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats.³

1) AB NR, 2021, S. 471ff.

2) Bericht Bundesrat vom 12.2.25

3) Po. 20.4333